

Parteichef *Rocco Buttiglione* wird mit der knappen Mehrheit von drei Stimmen im Nationalrat der Partei das Vertrauen entzogen. Dieser verweigert entgegen seiner ursprünglichen Ankündigung den Rücktritt. Die düpierte Mehrheit wählt *Gerardo Bianco*, den ehemaligen DC-Fraktionsvorsitzenden in der Abgeordnetenkammer, zum Nachfolger Buttigliones. Buttiglione seinerseits schließt alle Wähler des neuen Parteichefs, 115 resp. 113, deutlich die Mehrheit der Mitglieder des Nationalrats, aus diesem aus, nachdem er bereits vorher die ihm mißliebigen Mitglieder aus der Parteispitze entfernt hatte. Von der Parteispitze über die Parteizeitung bis zu den lokalen und regionalen Parteiorganisationen entstehen so Doppelbesetzungen und Parallelstrukturen, weil jede Seite die Partei als ganze beansprucht. Nur das Schatzamt blieb vorerst in einer Hand. Und alle Popolari-Abgeordneten stimmten in der Kammer – wohl ein letztes Mal – noch einmal geschlossen ab: für den Nachtragshaushalt der Regierung Dini. Alles weitere werden wohl die Gerichte zu entscheiden haben.

Begonnen hatte der Spaltungsprozeß bereits Wochen vorher, als Rocco Buttiglione mit *Silvio Berlusconi*, den Wahlgewinner vom März 1994, eine Absprache traf, „seine“ Popolari in ein Bündnis mit Berlusconi's „Forza Italia“ und damit indirekt mit der mit Berlusconi verbündeten Alleanza Nazionale, den „Postfaschisten“ Gilanfranco Finis zu führen, und als die Vertreter der linken Mitte in der Partei mit einem deutlichen Votum für *Romano Prodi* reagierten, der fast gleichzeitig seine Kandidatur als Ministerpräsident einer von den Postkommunisten *Massimo D'Alema*s bis zu den Popolari reichenden linken Mitte ankündigte (vgl. HK, März 1995, 118).

Schon damals ließen sich die Folgen absehen. Wenn die Spaltung dennoch nicht formal vollzogen wurde, dann einerseits, weil die „Parteilinke“ in der nicht unbegründeten Überzeugung, bei Mitgliedern und Sympathisanten deutlich in der Mehrheit zu sein, sich nicht einfach aus der Partei herausdrängen lassen wollte, und weil andererseits But-

tiglione hoffte, nach dem Ausscheiden linker Mehrheiten absprachegemäß die Partei als ganze in das Bündnis mit Berlusconi führen zu können.

Der auf Selbstüberschätzung beruhenden Ansicht Buttigliones waren wohl auch führende Männer im Vatikan, wo diesem bis in die Vorzimmer des Papstes die Türen offen stehen, und auch die römischen Spitzen des Episkopats, der während einer Sitzung seines Ständigen Rates vom Mißtrauensvotum gegen Buttiglione überrascht wurde. Die Neigung, Buttigliones Kurs einschließlich seiner Entscheidung für ein Rechtsbündnis zu stützen, war nicht an Stellungnahmen von Kardinälen außer Diensten, die als Rechtsaußen gelten, wie der österreichstämmige Kardinal *Alfons Stickler*, der Alt-, Neo- und Postfaschisten auf deren Parteitag einen Gottesdienst zelebrierte, oder des *Silvio Berlusconi* mit Sympathien begleitenden Kardinals *Silvio Oddi*, sondern auch an sybillinischeren Äußerungen von Kardinalstaatssekretär *Sodano* und von Kardinal *Ruini*, dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz, und vor allem an der Kommentierung der kirchenoffiziösen Zeitungen, des „Osservatore Romano“ (Vatikan) und des „Avvenire“ (Bischofskonferenz) abzulesen.

Was so aussah, als wolle man die bislang stets betonte „politische Einheit der Katholiken“ bis zum letzten Rest verteidigen (rechte und linke DC-Minderheiten waren ja bereits im Stadium der Gründung der Popolari-Partei eigene Wege gegangen), war in Wirklichkeit von der Überlegung bestimmt, im Bündnis mit Berlusconi, dem man langfristig keine große Zukunft zutraut, die Wählerschaft von der Mitte bis rechts für eine politisch konservative Volkspartei katholischer Prägung als Ersatz für die alte DC zurückzugewinnen. Eine politisch durchaus rationale Überlegung, für deren Umsetzung allerdings die Stärke der Popolari und erst recht die Macht Buttigliones und seiner schmal gewordenen Gefolgschaft nicht ausreicht.

Mit dem Scheitern auch dieses Projekts geht für Italien endgültig eine Ära zu Ende, in der die führende Volkspartei selbstverständlicher Trans-

missionsriemen kirchlicher Vorstellungen in die Politik war. Der Vatikan wie die Bischofskonferenz wie die Katholiken insgesamt werden sich darauf einzustellen haben, daß es diesen Transmissionsriemen künftig auch als Rettungsseil nicht mehr gibt. Die Kirche wird andere Instrumente entwickeln müssen, um sich in Fragen von Staat und Gesellschaft der säkularen Öffentlichkeit verständlich zu machen und Politik und Gesetzgebung mit ihrem Urteil begleiten zu können.

Für die noch nicht wieder stabilisierte Demokratie in Italien kann dies ein Vorteil, für das gesellschaftliche Gewicht des Katholizismus im Lande muß es kein Nachteil sein. Wie es *Pietro Scoppola*, ein in katholischem Milieu hoch angesehener Intellektueller, in einem Kommentar in „La Repubblica“ (18.3.95) formulierte, ist der Katholizismus in der italienischen Gesellschaft „tief und solide genug verwurzelt“, um sich ohne eine katholische Partei quer zu den Parteien politisch Gehör zu verschaffen. ad

## Monarch

*Der Wahlkampf in Frankreich weckt Fragen an das Präsidentenamt*

Daß der Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen wenige Wochen vor dem ersten Wahlgang noch einmal offener denn je werden würde, hätte man im Januar oder Februar kaum für möglich gehalten: So sicher und souverän schien Premierminister *Edouard Balladur* auf dem Durchmarsch in den Elysée und dabei von nichts und niemandem aufzuhalten zu sein. Nachdem der einzige, der ihm in der Anfangsphase des Wahlkampfes diesen Karrieresprung noch streitig machen zu können schien, der frühere EU-Kommissionspräsident *Jacques Delors*, verzichtet hatte, hieß es zunächst: Wer sonst, wenn nicht Balladur?

Je näher das Wahldatum rückte und je klarer sich der Ausgang der

Präsidentschaftswahlen abzuzeichnen schien, desto mehr drängte sich indes die Frage auf: Warum eigentlich Balladur? Antwort: Weil er so wirkt und aussieht wie ein Präsident. Und damit hatte die Diskussion jenen Punkt erreicht, an dem sich schlußendlich nicht nur die scheinbare Unbesiegbarkeit Balladurs als erschütterlicher erwies, als zunächst geglaubt, sondern vor allem auch der quasi-monarchische Nimbus des Präsidentenamtes der fünften Französischen Republik respektlos kritisch unter die Lupe genommen wurde.

Kaum ein politisches Amt der westlichen Welt eignet sich so sehr dazu, die Rolle eines einzelnen Amtsinhabers ins schier Unermeßliche zu steigern wie das des französischen Staatspräsidenten. So sehr dem derzeitigen Inhaber die Jahre der „Kohabitation“, also des Nebeneinanders von bürgerlicher Parlamentsmehrheit und bürgerlicher Regierung einerseits und „linkem“ Präsidenten andererseits, die Grenzen seines Amtes wiesen, der französische Präsident bleibt der Verfassung nach weiterhin ein Staatsoberhaupt mit seltener Machtfülle. Vor allem dann, wenn er – wie dies nun aller Wahrscheinlichkeit nach eintreten wird – in Zukunft wieder Staatsoberhaupt, Chef der Regierung und Führer der Parlamentsmehrheit zugleich ist. Weder Premierminister noch Parteiführer können ihm dabei gefährlich werden: Erstere sind im wahrsten Sinne des Wortes lediglich die ersten unter den Ministern und können dem Präsidenten nur zu Kohabitationszeiten Paroli bieten; die französischen Parteien sind institutionell schwach ausgebildet und bieten daher ihren Führern nur eine begrenzte Machtbasis.

Aber gerade weil die verfassungsmäßige Ausgestaltung des Präsidentenamtes so ist, wie sie ist, besteht nicht nur, aber vor allem auch zu Zeiten des Wahlkampfes die Versuchung, die Möglichkeiten und die Bedeutung des Amtes rhetorisch zu überdehnen. Daß diese Versuchung nicht nur theoretisch besteht, sondern man ihr auch prak-

tisch erliegt, hat andererseits auch mit der politischen Lage insgesamt zu tun. Auffallend scharf wurde daher in Frankreich jene Rhetorik des Präsidentschaftswahlkampfes geißelt, die mehr der „Illusion der Macht“ (so der Politologe *Philippe Braud* in: *Le Monde des Débats*, Februar 1995) verpflichtet sei, als dem tatsächlichen Politikbetrieb. Das Amt des französischen Staatspräsidenten weckt die Hoffnung, die für den Wähler und Zeitungsleser schier undurchdringlichen sozialen und gesellschaftlichen Prozesse, bürokratische Zwänge und politische Sachgesetzmäßigkeiten vermeintlich durchschaubar zu machen. Die quasi-monarchischen Züge dieses Amtes reduzieren für den Bürger das, was ihm undurchschaubar vorkommt, gewissermaßen auf menschliches Maß. An die Stelle komplexer Entscheidungsprozesse, an denen unterschiedlichste politische Instanzen beteiligt sind, tritt das eine Gesicht dessen, der seinen Wählern ankündigt, dies und jenes herbeiführen, lösen oder reformieren zu wollen.

So anachronistisch gerade die quasi-monarchischen Züge dieses Amtes auch vielfach anmuten mögen – den Erfordernissen einer Mediengesellschaft scheint es damit geradezu entgegenzukommen. Eine vom Bild beherrschte Fernsehwelt verlangt nach Gesichtern. Und für die mediale Inszenierung des Politischen dürfen dies nicht zu viele, relativ unbekannte, nur für begrenzte Teilbereiche zuständige, sondern am besten einige wenige, allseits bekannte, prominente Personen sein. Der Eindruck beim Zuschauer, er kenne sich in der Politik aus, weil er wisse, was diejenige oder derjenige aus der Gruppe der wenigen Meinungsführer dazu denke, ist wichtiger als die Vermittlung von Wissen über komplexe Sachverhalte.

Vor diesem Hintergrund wundert es auch nicht, wenn in den letzten Wochen in Frankreich das rhetorische Gebaren des Bilderbuch-Präsidenten-anwärters Balladur scharfer Kritik unterzogen wurde. Je präsidialer Balladur zunächst im Positiven auf die poli-

tische Öffentlichkeit wirkte, desto präsidialer schien er sich bald in einem negativen Sinne zu verhalten. Was man im Wahlkampf dem (noch) scheinbar sicheren Sieger von gestern persönlich vorwarf, bringt wenigstens teilweise das Amt selbst mit. *François Mitterrand* lernte dies im Laufe seiner zweiten Amtszeit, Balladur beherrschte es bereits als Kandidat.

Was zunächst als einem Präsidenten gemäß galt, erwies sich so mit einem Mal als Beispiel für ein Politiker-Gebaren, wie man es leid ist: Aussagen, darüber, was man für wünschenswert hält, statt Angaben dazu, was man zu tun gedenkt; allgemeines Werben um Vertrauen statt konkreter politischer Absichtserklärungen; Beschwörungen nationaler Werte („*Croire en France*“) statt programmatischer Ideen zur Bewältigung anstehender Probleme. Der Präsident als über den Parteiungen und politischen Niederungen stehender Einer der Nation, mehr ein Symbol für das Land wie Fahne und Hymne als ein politischer Gestalter. Säkularer Messias und nicht Inhaber eines Staatsamtes mit begrenzten und kontrollierten Aufgaben auf Zeit. Eben ein Monarch. nt

## Kompetent

*Sollen schon Sechzehnjährige wählen dürfen?*

Die öffentliche Diskussion über das Verhältnis Jugendlicher zur Politik scheint derzeit mit nur wenigen Schlagworten auskommen zu wollen. Wenn nicht sowieso wieder einmal nur die Gewalttätigkeit der heutigen jungen Generation im Scheinwerferlicht steht, so ist es deren „Parteien- und Politikverdrossenheit“. Dagegen können auch die zahlreichen Ergebnisse aus der Jugendforschung kaum ankommen, die immerhin doch ein sehr viel differenzierteres Bild zeichnen, gerade in bezug auf das politische Interesse der Jugendlichen.